

- Wann und wie überträgt sich der hoffnungsvolle Anfang des offenen Briefes von Hermann Kant vom 1. 10. 1989 (veröffentlicht in der jungen Welt vom 9. 10. 1989) auf die gesamte Palette von Presse, Funk und Fernsehen, damit wir DDR-Bürger endlich durch unsere Medien allumfassend informiert werden?

Wir begrüßen es, daß sich das Politbüro der SED zu den entstandenen Problemen in der Erklärung vom 11. 10. 1989 geäußert hat. Schon lange wurde auf solch ein Zeichen gewartet, welches wir als ersten Schritt betrachten. Doch gleichzeitig müssen wir feststellen, daß viele Kollegen enttäuscht sind, weil Aussagen dieser Erklärung zu den Reisemöglichkeiten durch die Mitteilung des Ministeriums des Innern negiert werden.

Werter Kollege Tisch!

Wir begrüßen Deine „Antwort auf die Fragen von Gewerkschaften, Vertrauensleuten und ...“ in der Tribüne vom 13. 10. 1989. Unsere Bereitschaft zur konkreten und konstruktiven Mitarbeit bei der Behebung der genannten Probleme liegt vor.

In diesem Sinne erwarten wir von der Organisation unserer Werktätigen, dem FDGB und seinen Mandatsträgern in der Volkskammer, die Mitwirkung an der Lösung aller anstehenden Probleme.

Mit gewerkschaftlichem Gruß

Die Vertrauensleute des Direktorates Wissenschaft und Technik
des VEB Stahl- und Walzwerk
„Wilhelm Florin“ Hennigsdorf
(*Es folgen 20 Unterschriften*)

Quelle: Privatarchiv der Herausgeber/innen

**DOKUMENT 15: AUFRUF DER UNABHÄNGIGEN GEWERKSCHAFT „REFORM“ IM
VEB GERÄTE- UND REGLERWERK (GRW) TELTOW ZUR
GRÜNDUNG UNABHÄNGIGER GEWERKSCHAFTEN, 16. 10.
1989**

Aufruf zur Gründung unabhängiger Gewerkschaften

In der Gewißheit, daß der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund nicht die Interessen der Mehrheit **der** Werktätigen in der DDR wahrnimmt, nicht

ihr Vertrauen genießt und sich statt dessen als Bündnispartner der SED begreift, haben wir, die Mitarbeiter im VEB Geräte- und Reglerwerke „Wilhelm-Pieck“ Teltow, beschlossen, aus dem FDGB auszutreten und die

Unabhängige Betriebsgewerkschaft „Reform“

zu gründen.

Wir reißen uns in die demokratische Reformbewegung unseres Landes ein und unterstützen die Forderung nach Zulassung der aus ihr hervorgegangenen Gruppen und Parteien, deren ungehinderte politische Betätigung und gleichberechtigte Teilnahme an freien und kontrollierten Wahlen sowie die Forderung nach Pressefreiheit, Meinungsvielfalt in den elektronischen Massenmedien, Redefreiheit, einem demokratischen Versammlungs- und Demonstrationsrecht. Wir schließen uns dem Kampf der Reformkräfte um die Freilassung, der aus politischen Gründen Inhaftierten an.

Die „Reform“-Gewerkschaft ist allein ihren Mitarbeitern verpflichtet und wird sich nicht den Beschlüssen von Parteien und anderen Organisationen unterordnen.

Wir appellieren in der heutigen kritischen Situation an alle Kolleginnen und Kollegen unseres Betriebes und die Werktätigen unserer Republik, Verantwortung für unsere gemeinsame Zukunft zu tragen. Die DDR ist unsere Republik. Suchen wir gemeinsam einen Weg aus der Perspektivlosigkeit, der nicht in die Bundesrepublik führt.

Führen wir den Kampf um Reformen:

- Eigenständigkeit der Betriebe und freie Entfaltung der Initiative der Werktätigen statt bürokratischer Bevormundung und Gängelung,
- Mitbestimmung der Gewerkschaften in den Betrieben,
- Streikrecht der Werktätigen,
- Einstellung der Tätigkeit nichtgewerkschaftlicher Organisationen und Parteien in den Betrieben,
- Abschaffung der Privilegien einzelner Personen und ganzer gesellschaftlicher Gruppen,
- Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern,
- Überwindung von Mangelwirtschaft, Schlangestehen und Schwarzhandel,
- Aufhebung jeglicher Reisebeschränkungen für alle Bürger.

Organisieren wir uns in unseren Gewerkschaften!

Unabhängige Betriebsgewerkschaft „Reform“
VEB GRW Teltow

16. 10. 89

(Anlage: 2 Seiten Diskussionsbeiträge)

Zur Diskussion schlagen wir folgende programmatische Schwerpunkte vor:

1. Die Bevormundung und Gängelung der Betriebe durch staatliche Organe, deren unmittelbare Einmischung in betriebliche Angelegenheiten und die Verlagerung ökonomischer Entscheidungen des Betriebes auf übergeordnete Planungs- und Leitungsebenen einerseits und die Allmacht und Allgegenwärtigkeit der SED mit ihrem Wahrheitsmonopol andererseits, halten wir für eine der Hauptursachen der sinkenden Effektivität unserer Betriebe und katastrophalen Wirtschaft- und Versorgungslage in der DDR. Die zentrale Planwirtschaft und der durch sie geplante Mangel, lassen keinen kontinuierlichen Produktionsprozeß zu, führen zu Desorganisation und Bürokratisierung, Stagnation und ökonomischer Orientierungslosigkeit der Betriebe auf dem Markt, schließlich zu Interesselosigkeit und Gleichgültigkeit der Werktätigen. Statt die Initiative der Werktätigen, ihren Fleiß und ihr Arbeitsvermögen – die einzige Quelle unseres materiellen Wohlstandes – zu nutzen und zu fördern, werden sie nun bereits 40 Jahre lang Schritt für Schritt den angeblich höheren Werten eines fiktiven Sozialismus geopfert. Die unabhängigen „Reform“-Gewerkschaften treten für eine umfassende Eigenständigkeit mit dem Recht der Betriebe ein:

- Die Preise ihrer Erzeugnisse,
 - die Löhne und Gehälter ihrer Beschäftigten,
 - ihre Handels- und Kooperationsbeziehungen eigenverantwortlich zu bestimmen. In ihrem wirtschaftlichen Handeln orientieren sich die Betriebe an der Erweiterung eines maximalen Gewinns.
2. Die Gewerkschaften vertreten die Werktätigen in den Betrieben und Einrichtungen bei der Durchsetzung ihrer Forderungen in bezug auf
- Löhne und Gehälter,
 - Arbeitszeit,
 - Arbeitsbedingungen,
 - Entscheidungen der Betriebsleitung mit wesentlichen Auswirkungen auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Betriebsbelegschaft.
3. Um die Interessen der Werktätigen hinreichend vertreten und durchsetzen zu können, werden die unabhängigen Gewerkschaften ihr Recht auf Mitbestimmung in den Betrieben und Einrichtungen durchsetzen und in Anspruch nehmen sowie in schwerwiegenden Fällen zum Mittel des Streiks, in seinen vielfältigen Formen, greifen.
4. Indem wir davon ausgehen, daß allgemein Gewerkschaftsorganisationen die Werktätigen in den Betrieben und Einrichtungen vertreten können, alle

anderen politischen und gesellschaftlichen Organisationen dagegen eine Belastung für die Erfüllung der Arbeitsaufgaben und die Wettbewerbsfähigkeit darstellen, setzen wir uns dafür ein, daß die SED, die Kampfgruppen, die FDJ und die DSF ihre Tätigkeit in den Betrieben einstellen.

5. Die sich ständig verschlechternde Versorgungslage und der zunehmende Mangel an Konsumgütern sind verbunden mit einer Störung der Ware-Geld-Beziehung, die sich in Schlangestehen, in Bestellfristen, in Erscheinung von Korruption, in der Herausbildung eines Schwarzhandels äußert, die Lebensbedingungen der Werktätigen in unerträglichem Maße beeinträchtigt und sich schließlich auf die Arbeitsmoral der Werktätigen auswirkt. Gleichzeitig werden einzelnen Personen und ganzen gesellschaftlichen Gruppen Privilegien bei der Versorgung mit wichtigen Konsumgütern eingeräumt.

Die „Reform“-Gewerkschaften werden sich für die Aufhebung jeglicher Privilegien und Verbesserung der Versorgung einsetzen.

6. Für die Wirtschaft der DDR sind der Export und Import von Waren sowie die internationale Zusammenarbeit und Kooperation von ausschlaggebender Bedeutung. Die privaten und dienstlichen Reisebeschränkungen in die sozialistischen und nichtsozialistischen Länder führen zu einer Isolierung unserer Betriebe und der gesamten Gesellschaft sowie zur Scheuklappenmentalität, sie säen Mißtrauen gegenüber dem Staat.

Wir können nicht einsehen, weshalb den Bürgern unserer Republik, die sich unter Verletzung der Gesetze der DDR in bundesdeutsche Botschaften begeben, großzügig Ausreisepapiere ausgehändigt und Transportmittel der Deutschen Reichsbahn zur Verfügung gestellt werden, währenddessen andere wegen sogenannter Republikflucht, im Namen des Volkes, zu Haftstrafen verurteilt werden und wieder anderen nun auch Reisen in sozialistische Länder verweigert werden. Wir wollen und können uns nicht damit abfinden, daß staatliche Organe darüber befinden, wer wem, aus welchem Anlaß, ins Ausland reisen darf. Es ist demütigend für unsere Bürger, mit 15,- DM in die Bundesrepublik zu fahren und auf die Almosen bundesdeutscher Ämter und Unterstützung von Verwandten und Bekannten angewiesen zu sein. Die „Reform“-Gewerkschaften fordern deshalb die Aufhebung jeglicher Reisebeschränkungen, eine ausreichende Ausstattung der Reisenden mit Valutamitteln, die Abschaffung des Straftatbestandes der Republikflucht und die Freilassung der wegen Republikflucht Inhaftierten.